



Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 11.-14. März 2019 in Straßburg

Plenardebatte mit slowakischem Premier Pellegrini über die Zukunft Europas

Der slowakische Premierminister Peter Pellegrini wird am Dienstag ab 10:00 Uhr mit den Abgeordneten über die Zukunft Europas debattieren.

5

EU-Gipfel: Aussprache zu den Schwerpunkten des Europäischen Rates im März

Am Mittwoch werden die Abgeordneten ihre Ansichten zu den Prioritäten des nächsten EU-Gipfels am 21.-22. März mit der rumänischen Ratspräsidentschaft und der Kommission erörtern.

6

Notmaßnahmen für den Fall eines Brexit ohne Abkommen

Damit Bürger und Unternehmen möglichst wenig unter einem „harten“ Brexit leiden müssen, stehen Sondermaßnahmen in verschiedenen Bereichen zur Abstimmung.

7

Klimaschutz-Fahrplan der EU bis 2050

Debatte mit Rat und Kommission über die langfristigen Reduktionsziele für Treibhausgasemissionen. Am Donnerstag steht eine entsprechende Entschließung zur Abstimmung.

9

Cybersicherheit: IT-Bedrohung aus China angehen

Sicherheitsbedrohungen für die EU durch Chinas Aufstieg im Technologie-Bereich sind nächste Woche Thema einer Entschließung. Auch über die EU-Verordnung zur Cybersicherheit wird abgestimmt.

10

Bekämpfung feindseliger Propaganda vor der Europawahl 2019

Die Abgeordneten wollen die europäischen Demokratien vor ausländischen Akteuren schützen, die Fehlinformationen verbreiten oder personenbezogene Daten missbrauchen.

11

Parlament zu künftigen Beziehungen der EU zu Russland

Die EU sollte die Verhängung weiterer Sanktionen nicht ausschließen, wenn Russland weiterhin gegen das Völkerrecht verstößt, heißt es in dem Resolutionsentwurf, der zur Abstimmung steht.

13

Handelsverhandlungen zwischen EU und USA

Das Parlament stimmt am Donnerstag darüber ab, ob es die Aufnahme begrenzter Handelsgespräche mit den USA befürwortet, deren Abschluss an bestimmte Bedingungen geknüpft wäre.

14

Beziehungen zwischen EU und Türkei müssen neu definiert werden

Die Abgeordneten bekräftigen ihre Empfehlung, die Beitrittsgespräche mit der Türkei formell auszusetzen, in einem Resolutionsentwurf, über den sie am Mittwoch abstimmen.

15

Sicherheit: Besserer Informationsaustausch über Drittstaatsangehörige

Durch ein neues EU-Informationssystem und die Aufrüstung eines anderen sollen Informationen über Grenzkontrollen und aus Strafregistern wirksamer und schneller ausgetauscht werden.

16

Saubere Luft: EU-Normen besser durchsetzen

In einer Entschließung, die am Mittwoch zur Abstimmung steht, wollen die Abgeordneten Wege zur Verringerung der Luftverschmutzung aufzeigen.

18

Lebensmittelversorgungskette: Neue Regeln zur Bekämpfung des unfairen Handels

Der EU-Gesetzesentwurf zum Schutz der Landwirte vor unlauteren Handelspraktiken durch die Käufer steht am Montag zur Debatte und am Dienstag zur Abstimmung.

19

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

21

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2019-03-11>

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 11.-14. März 2019 in Straßburg

Weitere Informationen

[Tagesordnung](#)

[Plenar-Webseite \(mit Live-Übertragung der Plenartagung\)](#)

[Videos der Plenartagungen](#)

[Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen](#)

[Pressemitteilungen des Europäischen Parlaments](#)

[Multimedia-Center](#)

[Podcasts des wissenschaftlichen Diensts zu Schwerpunktthemen der Plenartagung](#)

Kontakt

Armin WISDORFF

Press Officer

☎ (+32) 2 28 40924 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73780 (STR)

📱 +32 498 98 13 45

✉ armin.wisdorff@europarl.europa.eu

Michaela FINDEIS

Press Officer / Editorial Coordinator for Plenary

☎ (+32) 2 28 31141 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73603 (STR)

📱 (+32) 498 98 33 32

✉ michaela.findeis@europarl.europa.eu

Judit HERCEGFALVI

Press Officer in Germany

☎ (+49) 30 2280 1080

☎ (+33) 3 881 64025 (STR)

📱 (+49) 151 172 57 196

✉ judit.hercegfalvi@europarl.europa.eu

Huberta HEINZEL

Press Officer in Austria

☎ (+43) 1 516 17 201

☎ (+33) 3 881 74646 (STR)

☎ (+43) 676 550 3126

✉ huberta.heinzel@ep.europa.eu

Plenardebatte mit slowakischem Premier Pellegrini über die Zukunft Europas

Der slowakische Premierminister Peter Pellegrini wird am Dienstag ab 10:00 Uhr mit den Abgeordneten über die Zukunft Europas debattieren.

Dies ist die achtzehnte Aussprache im Rahmen einer Reihe von Plenardebatten der Abgeordneten mit EU-Staats- und Regierungschefs zur Zukunft Europas.

Informationen über die bisherigen Debatten [finden Sie hier](#).

Nach der Debatte werden der Präsident des Europäischen Parlaments Antonio Tajani und Premierminister Pellegrini gemeinsam ein Pressestatement abgeben (um 12:30 Uhr, vor dem Protokollsaal des Parlaments).

Debatte: Dienstag, den 12. März

Verfahren: Debatte (ohne Entschließung)

Gemeinsames Pressestatement: Dienstag, den 12. März um 12:30 Uhr vor dem Protokollsaal des Parlaments

Weitere Informationen

[Webseite über Peter Pellegrini](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

EU-Gipfel: Aussprache zu den Schwerpunkten des Europäischen Rates im März

Am Mittwoch werden die Abgeordneten ihre Ansichten zu den Prioritäten des nächsten EU-Gipfels am 21.-22. März mit der rumänischen Ratspräsidentschaft und der Kommission erörtern.

Zum Frühjahrstreffen der Staats- und Regierungschefs der EU stehen üblicherweise die Themen Beschäftigung, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit auf der Tagesordnung.

Die Staats- und Regierungschefs der EU werden auch über die langfristige Strategie der EU zur Bekämpfung des Klimawandels und die Außenbeziehungen (insbesondere bezüglich des EU-China-Gipfels vom 9. April) diskutieren. Sie wollen auch prüfen, welche Fortschritte bei der Bekämpfung von Desinformation erzielt wurden und inwieweit die demokratische Integrität der europäischen und nationalen Wahlen in der EU geschützt werden muss.

Während der Debatte werden sich die Abgeordneten erwartungsgemäß auch zum Ergebnis der für den 12. März im britischen Unterhaus geplanten Abstimmung über das Abkommen zum Austritt aus der EU äußern und deren Folgen bewerten.

Debatte: Mittwoch, den 13. März

Verfahren: Erklärungen von Rat und Kommission mit anschließender Debatte, ohne Entschließung

Weitere Informationen

[Tagesordnung des Europäischen Rates vom 21.-22. März](#)

Notmaßnahmen für den Fall eines Brexit ohne Abkommen

Damit Bürger und Unternehmen möglichst wenig unter einem „harten“ Brexit leiden müssen, stehen Sondermaßnahmen in verschiedenen Bereichen zur Abstimmung.

Es geht um Notfallregelungen in den Bereichen Reise, Luft- und Straßenverkehr, Erasmus, soziale Sicherheit und Fischerei.

Auf Ersuchen des Parlaments und des Rates hat die EU-Kommission Notfallmaßnahmen vorgeschlagen, um die Auswirkungen eines Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU ohne Abkommen abzumildern.

Notfallmaßnahmen bringen nicht die Vorteile einer Mitgliedschaft oder einer Übergangszeit. Sie sind zeitlich befristet, von beschränkter Tragweite und werden einseitig von der EU erlassen, unter der Bedingung, dass das Vereinigte Königreich ähnliche Maßnahmen ergreift (Gegenseitigkeit).

Zu den Gesetzgebungsmaßnahmen, die am Mittwoch mit Blick auf den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU in einem Dringlichkeitsverfahren zur Abstimmung gestellt werden, gehören unter anderem:

- Fortsetzung der Programme für die territoriale Zusammenarbeit PEACE IV (Irland-Vereinigtes Königreich) und Vereinigtes Königreich-Irland (Irland-Nordirland-Schottland)
- Fangerlaubnis für EU-Fischereifahrzeuge in britischen Gewässern und Fangtätigkeiten britischer Fischereifahrzeuge in EU-Gewässern
- Fortführung der laufenden im Rahmen des Programms Erasmus+ durchgeführten Lernmobilitätsaktivitäten
- Notfallmaßnahmen im Bereich der Koordinierung der sozialen Sicherheit
- Gewährleistung der grundlegenden Konnektivität im Güterkraftverkehr
- Gewährleistung der grundlegenden Konnektivität im Luftverkehr
- Erteilung einer allgemeinen Ausfuhrgenehmigung der Union für die Ausfuhr bestimmter Güter mit doppeltem Verwendungszweck aus der Union in das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland

Abstimmung: Mittwoch, den

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)

Weitere Informationen

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)
[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss](#)
[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Klimaschutz-Fahrplan der EU bis 2050

Debatte mit Rat und Kommission über die langfristigen Reduktionsziele für Treibhausgasemissionen. Am Donnerstag steht eine entsprechende EntschlieÙung zur Abstimmung.

Im Mittelpunkt der Aussprache wird die jüngste Mitteilung der EU-Kommission mit möglichen Maßnahmenzenarien für die EU zur Umsetzung des Pariser Abkommens stehen. Die Abgeordneten werden anschließend eine Resolution mit ihren Empfehlungen verabschieden.

Der Europäische Rat plant ebenfalls, die Strategie noch in diesem Jahr anzunehmen.

Hintergrundinformationen

Die Vertragsparteien des Übereinkommens von Paris sind aufgefordert, bis 2020 ihre langfristigen, bis zur Jahrhundertmitte reichenden Strategien für eine an Treibhausgasemissionen arme Entwicklung mitzuteilen. In ihrer am 28. November angenommenen Mitteilung „Ein sauberer Planet für alle“ hat die Kommission ihre langfristige strategische Vision für die Verwirklichung einer klimaneutralen Wirtschaft bis 2050 vorgestellt, einschließlich acht möglicher Wege zu diesem Ziel.

Diese Debatte sollte es der EU ermöglichen, bis Anfang des Jahres 2020 eine ehrgeizige Strategie zu verabschieden und diese gemäß dem Übereinkommen von Paris dem UNFCCC zu übermitteln, sowie die künftige Klima- und Energiepolitik der EU darzulegen.

Debatte: Mittwoch, den 13. März

Abstimmung: Donnerstag, den 14. März

Verfahren: Nichtlegislative EntschlieÙung

Weitere Informationen

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(20.02.2019\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen: „European policies on climate and energy towards 2020, 2030 and 2050“ \(auf Englisch\)](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Cybersicherheit: IT-Bedrohung aus China angehen

Sicherheitsbedrohungen für die EU durch Chinas Aufstieg im Technologie-Bereich sind nächste Woche Thema einer EntschlieÙung. Auch über die EU-Verordnung zur Cybersicherheit wird abgestimmt.

Die wachsende technologische Präsenz Chinas in der EU stelle eine ernsthafte Sicherheitsbedrohung dar, die dringende Maßnahmen auf EU-Ebene erfordere, so ein EntschlieÙungsantrag, über den am Dienstag abgestimmt werden soll.

Die Abgeordneten wollen am Dienstag auch die Verordnung zur Cybersicherheit in der EU verabschieden. Dies soll die Cybersicherheit in Europa stärken, indem ein System europäischer Cybersicherheitszertifikate für Produkte, Verfahren und Dienstleistungen eingerichtet wird. Zudem wird das Gesetz das Mandat der EU-Cybersicherheitsagentur ENISA erweitern und mehr Mittel bereitstellen, damit die Agentur ihre Zielvorgaben verwirklichen kann.

In einer weiteren Abstimmung am Mittwoch werden die Abgeordneten über einen Vorschlag zur Einrichtung eines neuen EU-Kompetenzzentrums abstimmen, um die Cybersicherheitskapazitäten der Union zu stärken.

Debatten: Montag, den 11. März (EU-Rechtsakt zur Cybersicherheit, Kompetenzzentrum)

Abstimmungen: Dienstag, den 12. März (EU-Rechtsakt zur Cybersicherheit, IT-China) und Mittwoch, den 13. März (Kompetenzzentrum)

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren) – EU-Rechtsakt zur Cybersicherheit und Kompetenzzentrum; Nichtlegislative EntschlieÙung – Resolution zur IT-Bedrohung aus China

Weitere Informationen

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten: EU-Rechtsakt zur Cybersicherheit](#)

Berichterstatterin Angelika Niebler

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten: Resolution zur IT-Bedrohung aus China](#)

[EP-Hintergrundinformationen: „ENISA and a new cybersecurity act“ \(auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen: „Cyber-attacks: Not just a phantom menace“ \(auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen: "The new European cybersecurity competence centre and network" \(auf Englisch\)](#)

Bekämpfung feindseliger Propaganda vor der Europawahl 2019

Die Abgeordneten wollen die europäischen Demokratien vor ausländischen Akteuren schützen, die Fehlinformationen verbreiten oder personenbezogene Daten missbrauchen.

Am Dienstag stimmt das Parlament über die Einführung finanzieller Sanktionen gegen europäische politische Parteien und Stiftungen ab, die bewusst gegen Datenschutzgesetze und -vorschriften verstoßen.

Jüngste Fälle wie der Skandal um Facebook/Cambridge Analytica haben gezeigt, wie der Missbrauch personenbezogener Daten demokratische Prozesse untergraben kann. Die neuen Regeln wurden bereits informell von den Mitgliedstaaten vereinbart und sollen vor der Europawahl im Mai 2019 in Kraft treten.

Am Mittwoch werden die Abgeordneten zudem über eine Entschließung abstimmen, die eine Bestandsaufnahme der jüngsten Bemühungen der EU zur Bekämpfung feindlicher Propaganda durch ausländische Akteure im Allgemeinen enthält und sich für eine Förderung neuer Technologien zur Bekämpfung von Propaganda und gefälschten Social-Media-Konten einsetzt.

Der Entschließungsentwurf verurteilt auch entschieden die zunehmenden aggressiven Tätigkeiten Russlands, Chinas, des Iran und Nordkoreas, mit denen „die auf Regeln beruhenden Grundlagen und Grundsätze der europäischen Demokratien und die Souveränität aller Länder der Östlichen Partnerschaft untergraben oder außer Kraft gesetzt, Wahlen beeinflusst und extremistische Bewegungen unterstützt werden sollen.“

Debatten: Dienstag, den 12. März

Abstimmungen: Mittwoch, den 13. März

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung (Schutz personenbezogener Daten im Zusammenhang mit der Europawahl); Nichtlegislative Entschließung (Feindselige Propaganda)

Pressekonferenz mit der Berichterstatterin Anna Elżbieta Fotyga: Mittwoch, den 13. März um 14:00 Uhr

Weitere Informationen

Merkblatt zu den Verfahrensschritten: Feindselige Propaganda

Entschließungsentwurf zu „Strategische Kommunikation der EU, um gegen sie gerichteter Propaganda von Dritten entgegenzuwirken“

Berichterstatterin (Schutz personenbezogener Daten): Mercedes Bresso (S&D, IT)

Berichterstatter (Schutz personenbezogener Daten): Rainer Wieland (EVP, DE)

Berichterstatterin (Feindselige Propaganda): Anna Elżbieta Fotyga (EKR, PL)

Leitfaden der Kommission zur Anwendung des EU-Datenschutzrechts im Zusammenhang mit Wahlen

Pressemitteilung zur Einigung mit dem Rat (Schutz personenbezogener Daten, 16.01.2019, auf Englisch)

Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss (Feindselige Propaganda, 22.01.2019, auf Englisch)

Propaganda: "Die gegen uns eingesetzten Waffen entwickeln sich ständig weiter" (Interview mit der Berichterstatterin des Parlaments Anna Fotyga)

Audiovisuelles Material für Medienschaffende

Parlament zu künftigen Beziehungen der EU zu Russland

Die EU sollte die Verhängung weiterer Sanktionen nicht ausschließen, wenn Russland weiterhin gegen das Völkerrecht verstößt, heißt es in dem Resolutionsentwurf, der zur Abstimmung steht.

Die Abgeordneten schlagen vor, dass die EU ihr derzeitiges Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) überprüft und die Zusammenarbeit mit Russland auf Bereiche von gemeinsamem Interesse beschränkt, wie beispielsweise die Bekämpfung von Terrorismus und der Klimawandel.

Engere Beziehungen wären nur möglich, wenn Russland die sogenannten Minsker Abkommen zur Beendigung des Krieges in der Ostukraine vollständig umsetzt und beginnt, das Völkerrecht zu achten.

In der Zwischenzeit muss die EU bereit sein, weitere Sanktionen zu erlassen, insbesondere gegen Einzelpersonen. Die Abgeordneten stellen in dem Entschließungsentwurf auch fest, dass die Sanktionen in einem angemessenen Verhältnis zu den von Russland ausgehenden Gefahren stehen sollten.

Im Dezember vergangenen Jahres [verlängerte der Rat die Wirtschaftssanktionen bis zum 31. Juli 2019](#).

Debatte: Montag, den 11. März

Abstimmung: Dienstag, den 12. März

Verfahren: Nichtlegislative EntschlieÙung

Weitere Informationen

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(04.02.2019, auf Englisch\)](#)

[Auswärtiger Ausschuss](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Berichterstatteerin Sandra Kalniete \(EVP, LV\)](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Handelsverhandlungen zwischen EU und USA

Das Parlament stimmt am Donnerstag darüber ab, ob es die Aufnahme begrenzter Handelsgespräche mit den USA befürwortet, deren Abschluss an bestimmte Bedingungen geknüpft wäre.

Die Aufnahme von Gesprächen liegt im Interesse der europäischen Bürger und Unternehmen, da sie die derzeitigen Spannungen in den Handelsbeziehungen zwischen der EU und den Vereinigten Staaten verringern würden, [so die Mitglieder des Handelsausschusses](#).

Sie empfehlen daher die Aufnahme von Handelsgesprächen auf der Grundlage der von der EU-Kommission vorgeschlagenen aktuellen Verhandlungsmandate für die Bereiche Industriezölle und Konformitätsbewertungen. Der Abschluss eines eingeschränkten Handelsabkommens muss jedoch davon abhängig gemacht werden, dass die aktuellen Zölle auf Stahl und Aluminium aufgehoben und Autos und Autoteile in die Gespräche einbezogen werden.

Debatte: Mittwoch, den 13. März

Abstimmung: Donnerstag, den 14. März

Verfahren: Erklärung der EU-Kommission mit anschließender Debatte und Entschließung

Weitere Informationen

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(19.02.2019\)](#)

[Berichtersteller Bernd Lange \(S&D, DE\)](#)

[Pressemitteilung der EU-Kommission: „Handelsgespräche zwischen der EU und den Vereinigten Staaten: Europäische Kommission legt Entwürfe für Verhandlungsmandate vor“ \(18.01.2019\)](#)

Beziehungen zwischen EU und Türkei müssen neu definiert werden

Die Abgeordneten bekräftigen ihre Empfehlung, die Beitrittsgespräche mit der Türkei formell auszusetzen, in einem Resolutionsentwurf, über den sie am Mittwoch abstimmen.

Die schlechte Bilanz der Türkei bei der Achtung der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit, der Medienfreiheit und der Korruptionsbekämpfung bereitet den Abgeordneten weiterhin große Sorgen. In einem Entschließungsantrag, über den am Mittwoch abgestimmt werden soll, begrüßen sie den im vergangenen Jahr vorgeschlagenen Beschluss der Türkei, den nach dem gescheiterten Putschversuch 2016 eingeführten Ausnahmezustand formell aufzuheben.

Die Abgeordneten nehmen jedoch die jahrelangen schweren politischen und demokratischen Rückschritte zur Kenntnis und empfehlen erneut, die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei offiziell auszusetzen. Sie erwarten, dass die derzeitigen Beziehungen zwischen der EU und der Türkei im Sinne einer wirksamen Partnerschaft neu definiert werden.

Debatte: Dienstag, den 12. März

Abstimmung: Mittwoch, den 13. März

Pressekonferenz: Mittwoch, den 13. März um 11:00 Uhr mit der Berichterstatterin Kati Piri

Verfahren: Nichtlegislative Entschließung

Weitere Informationen

[Entschließungsentwurf](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(20.02.2019, auf Englisch\)](#)

[Berichterstatterin Kati Piri \(S&D, NL\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundinformationen: „Future EU-Turkey relations“ \(Oktober 2018, auf Englisch\)](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Sicherheit: Besserer Informationsaustausch über Drittstaatsangehörige

Durch ein neues EU-Informationssystem und die Aufrüstung eines anderen sollen Informationen über Grenzkontrollen und aus Strafregistern wirksamer und schneller ausgetauscht werden.

Der Vorschlag für eine neue zentralisierte Datenbank für Drittstaatsangehörige (ECRIS-TCN) steht am Montag zur Debatte und am Dienstag zur Abstimmung. Mit der Datenbank soll der Austausch von Informationen aus den Strafregistern von Drittstaatsangehörigen in der gesamten EU verbessert werden.

Die Datenbank soll das Europäische Strafregisterinformationssystem (ECRIS) ergänzen, das den Austausch von Informationen über die Vorstrafen von EU-Bürgern ermöglicht. Die Verhandlungsführer von Parlament und Rat haben hier bereits im Dezember eine vorläufige Einigung erzielt.

Die Abgeordneten werden auch über die Reform des Visa-Informationssystems (VIS) abstimmen. Die Erneuerung soll eine Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Systems sowie der Überprüfung von Drittstaatsangehörigen, einschließlich derjenigen mit einem Visum für einen längeren Aufenthalt oder einem so genannten „goldenen Visum“, bringen. So soll die EU besser auf die sich abzeichnenden Herausforderungen in den Bereichen Sicherheit und Migration reagieren können.

Das Parlament wird seinen Standpunkt zur Reform des Visa-Informationssystems am Mittwoch nach einer Aussprache am Dienstag in einer Abstimmung festlegen.

Debatten: ECRIS: Montag, den 11. März; VIS: Dienstag, den 12. März

Abstimmungen: ECRIS-TCN: Dienstag, den 12. März; VIS: Mittwoch, den 13. März

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)

Weitere Informationen

[Berichtsentwurf zu EKRIS-TCN \(Verordnung\)](#)

[Berichtsentwurf zu EKRIS-TCN \(Richtlinie\)](#)

[Berichtsentwurf \(Reform VIS-Verordnung\)](#)

[EKRIS-Berichterstatter Daniel Dalton \(EKR, UK\)](#)

[VIS-Berichterstatter Carlos Coelho \(EVP, PT\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten: EKRIS-TCN Verordnung](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten: EKRIS-TCN Richtlinie](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten: VIS-Reform](#)

[EP-Hintergrundinformationen: „Visa Information System“ \(auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen: „European information systems in the area of justice and home affairs“ \(auf Englisch, Mai 2017\)](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Saubere Luft: EU-Normen besser durchsetzen

In einer EntschlieÙung, die am Mittwoch zur Abstimmung steht, wollen die Abgeordneten Wege zur Verringerung der Luftverschmutzung aufzeigen.

Die Verbesserung der Luftqualität erfordert Maßnahmen auf allen ordnungspolitischen Ebenen, heißt es im EntschlieÙungsentwurf. Die Verringerung der Luftverschmutzung und der CO₂-Emissionen des Verkehrssektors sind zwei Herausforderungen in städtischen Gebieten, während Ammoniakemissionen und Methan die Luftverschmutzung in ländlichen Gebieten verursachen.

Hintergrundinformationen

Im Mai 2018 hat die EU-Kommission Frankreich, Deutschland, Ungarn, Italien, Rumänien und das Vereinigte Königreich vor den Europäischen Gerichtshof gebracht, weil sie die Luftverschmutzung nicht verringert haben. Insgesamt sind 13 Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedstaaten anhängig (Belgien, Deutschland, Dänemark, Frankreich, Spanien, Italien, Luxemburg, Österreich, Polen, Portugal, Tschechien, Ungarn und das Vereinigte Königreich).

Die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten müssen sich an neuen „Dialogen über saubere Luft“ beteiligen, indem sie EU-Länder, -Regionen und -Städte zusammenbringen und EU-Mittel zur Unterstützung von Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität nutzen, so die Mitteilung der Europäischen Kommission.

Abstimmung: Mittwoch, den 13. März

Verfahren: Nichtlegislative EntschlieÙung

Weitere Informationen

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundinformationen: „Air quality and urban traffic in the EU: best practices and possible solutions“ \(auf Englisch\)](#)

Lebensmittelversorgungskette: Neue Regeln zur Bekämpfung des unfairen Handels

Der EU-Gesetzesentwurf zum Schutz der Landwirte vor unlauteren Handelspraktiken durch die Käufer steht am Montag zur Debatte und am Dienstag zur Abstimmung.

Die neuen Vorschriften, die im Dezember vorläufig mit den EU-Ministern vereinbart wurden, sollen das Gleichgewicht in der Lebensmittelversorgungskette wiederherstellen. Sie führen eine schwarze Liste verbotener unlauterer Handelspraktiken ein, wie zum Beispiel verspätete Zahlungen für gelieferte Produkte, späte einseitige Stornierungen oder rückwirkende Auftragsänderungen, die Weigerung des Käufers, einen schriftlichen Vertrag mit einem Lieferanten abzuschließen, und den Missbrauch vertraulicher Informationen.

Andere Praktiken, wie die Rückgabe unverkaufter Produkte an einen Lieferanten, ohne dafür zu bezahlen, die Verpflichtung der Lieferanten, für die Werbung für Produkte zu zahlen, oder die Abwälzung von Rabattkosten auf den Lieferanten, wären ebenfalls verboten, es sei denn, sie werden im Liefervertrag vorher vereinbart.

Weitere Informationen zum Verordnungsentwurf [finden Sie hier](#).

Hintergrundinformationen

Das Europäische Parlament hat wiederholt Maßnahmen zur Bekämpfung unlauterer Handelspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette gefordert, und zwar seit 2010, nachdem es die Entschließung „[Gerechte Einnahmen für Landwirte: Die Funktionsweise der Lebensmittelversorgungskette in Europa verbessern](#)“ angenommen hatte.

Nach [Schätzungen der Kommission](#) verlieren KMU in der Landwirtschaft und Lebensmittelverarbeitung in der EU jährlich etwa 2,5 bis 8 Milliarden Euro (1% - 2% ihres Umsatzes) durch unlautere Handelspraktiken.

Debatte: Montag, den 11. März

Abstimmung: Dienstag, den 12. März

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung

Pressekonferenz: Dienstag, den 12. März um 15:00 Uhr

Weitere Informationen

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(23.01.2019\)](#)
[Berichtersteller Paolo De Castro \(S&D, IT\)](#)
[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundinformationen zu unlauteren Handelspraktiken](#)

[Hintergrundinformationen: „Unfair Trading Practices in the Business-to-Business Food Supply Chain“ \(auf Englisch\)](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

- Europäische Bürgerinitiative - *Bericht: György Schöpflin, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Mindestdeckung notleidender Risikopositionen - *Bericht: Esther de Lange, Roberto Gualtieri, Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Eine europäische Regelung für Sanktionen bei Verstößen gegen die Menschenrechte - *Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Debatte Dienstag, Abstimmung Donnerstag*
- Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen - *Bericht: Morten Løkkegaard, Debatte und Abstimmung Mittwoch*
- Einrichtung des Europäischen Währungsfonds - *Zwischenbericht: Pedro Silva Pereira, Vladimír Maňka, Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Aufstellung des Programms für das Europäische Solidaritätskorps - *Bericht: Michaela Šojdrová, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- Kooperationsabkommen über Partnerschaft und Entwicklung zwischen der EU und Afghanistan - *Bericht: Anna Elżbieta Fotyga, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Einrichtung des Asyl- und Migrationsfonds - *Bericht: Miriam Dalli, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Hafenauffangeinrichtungen für die Entladung von Abfällen von Schiffen - *Bericht: Gesine Meissner, Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Bekämpfung von Betrug und Fälschung im Zusammenhang mit unbaren Zahlungsmitteln - *Bericht: Sylvia-Yvonne Kaufmann, Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Leitlinien für den Haushalt 2020 – Einzelplan III - *Bericht: Monika Hohlmeier, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch*
- Sicherstellung des Wettbewerbs im Luftverkehr - *Bericht: Markus Pieper, Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag*
- Strategischer Jahresbericht über die Umsetzung und Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung - *Bericht: Eleni Theocharous, Francesc Gambús, Debatte Donnerstag, Abstimmung Donnerstag,*